

Anlass der parlamentarischen Gruppe für Menschenrechte im Iran

Mittwoch, 1. März 2023, 12:00 Uhr, Bundeshaus, Raum 2

Aktuelle Situation im Iran

Mit dem gewaltsamen Tod der 22-jährigen Jina Mahsa Amini haben Mitte September 2022 die stärksten Proteste gegen das islamische Regime begonnen. Das ganze Land protestiert: Frauen und Männer, alle Altersgruppen, alle sozialen Schichten, alle Provinzen. Der Protest hat verschiedene Formen angenommen, Demonstrationen, Streiks, Posts in den sozialen Medien, Graffiti, die Missachtung von Kleidervorschriften oder nächtliche Rufe aus dem Fenster. Die Menschen fordern ein Leben in Würde und Freiheit, in einem demokratischen Land, das die Menschenrechte achtet. Mit Reformen geben sich die Iranerinnen und Iraner nicht zufrieden, nur das Ende der islamischen Republik ermöglicht den Weg hin zu einer säkularen Demokratie.

Bis heute wurden im Rahmen der Freiheitsbewegung rund 20 000 Menschen verhaftet. Sie sind mit schlechten Haftbedingungen, Folter, Vergewaltigung und Tod konfrontiert. Über 500 Menschen wurden während der Proteste getötet, 70 davon waren Kinder. Vier Männer wurden wegen ihrer Beteiligung an der Freiheitsbewegung hingerichtet, dutzenden weiteren droht ebenfalls die Todesstrafe.

Vom 27. Februar bis 1. März 2023 werden landesweite Proteste und Streiks durchgeführt. Sie stehen in einer Reihe von dreitägigen Aktionstagen, die seit Beginn der Freiheitsbewegung stattfinden.

Revolutionsgarde

Die Revolutionsgarde wurde kurz nach der islamischen Revolution durch den Revolutionsführer Ruhollah Khomeini gegründet. In der Unterdrückung der aktuellen Freiheitsbewegung ist die Revolutionsgarde führend. In Kurdistan und Balutschistan verbreitet die Revolutionsgarde Terror und setzt militärische Mittel gegen unbewaffnete Protestierende ein. Am „schwarzen Freitag“ von Zahedan in Balutschistan schossen die Revolutionsgarden ziellos, auch aus Helikoptern, in die Menge und töteten so rund 100 Menschen.

Neben der Sicherung der islamischen Republik ist es das erklärte Ziel der Revolutionsgarde „abweichlerische Bewegungen“ im Ausland zu unterbinden. Sie verbreitet Unsicherheit und Terror in der Region und der ganzen Welt. Sie führt enge Beziehungen mit der Hisbollah im Libanon und dem Assad-Regime in Syrien. Zudem hat sie die militärische Kooperation mit Putin seit Beginn des Ukrainekriegs intensiviert. Die Schweiz hat im Zusammenhang mit der Lieferung von Drohnen an Russland, die im Ukrainekrieg eingesetzt werden, Sanktionen gegen den Iran ergriffen. Der Kommandant der Revolutionsgarde, Hussein Salami, hat diese Woche Europa mit Anschlägen gedroht.

Personalisierte Sanktionen

Die islamische Republik ist eines der am stärksten mit Sanktionen belegten Länder. Die Sanktionen zielen auf die Bevölkerung, die unter der wirtschaftlichen Misere leidet. Aktuell herrscht eine Inflation von gegen 50 Prozent. Nutzniesser der Sanktionen ist in erster Linie die Revolutionsgarde, die alle Wirtschaftszweige dominiert und neben der militärischen auch die politische Machtelite des Landes stellt.

Um wirksam gegen die islamische Republik vorzugehen und die Zivilgesellschaft zu unterstützen, sollen personalisierte Sanktionen gegen die Machtelite ergriffen werden. Es zeigen sich bereits Risse im Machtapparat. Die EU, Kanada und USA haben bereits personalisierte Sanktionen gegen Einzelpersonen, einzelne Einheiten der Revolutionsgarde und Unternehmen beschlossen. Mit der Motion der APK-N „Unterstützung der iranischen Zivilgesellschaft“ (22.4278) wird der Bundesrat beauftragt, Massnahmen zu ergreifen, um die iranische Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für Frauen- und Menschenrechte zu unterstützen. Zudem wird er beauftragt, die aufgrund der

Menschenrechtsverletzungen im Iran von der EU beschlossenen (personalisierten) Sanktionen gegen Angehörige des islamischen Regimes zu übernehmen.

Fazit

Der Bund setzt sich gemäss Art. 54 Bundesverfassung für die Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie weltweit ein. Die Schweiz hat aufgrund ihrer globalen Stellung als einer der wichtigsten Finanz- und Rohstoffhandelsplätze sowie ihrer Neutralität eine besondere Verantwortung. Sie kann in Konflikten vermitteln und hat dank dem Schutzmachtmandat im Iran einen direkten Zugang zu den Machthabern in Teheran. Das islamische Regime hat jede Legitimität verloren, die Revolution hat in den Köpfen der Menschen im Iran bereits stattgefunden. Es ist an der Zeit, dass die Schweiz ihre Guten Dienste für einen freien, säkularen und demokratischen Iran einsetzt. Die Schweiz sollte auf der richtigen Seite der Geschichte stehen, denn die Menschen im Iran werden sich nach dem Sturz des Mullah-Regimes daran erinnern, wer sie unterstützt hat und wer sich auf die Seite der Macht gestellt hat.

Sekretariat der parlamentarischen Gruppe für Menschenrechte im Iran
Free Iran Switzerland · freeiran.parl@gmail.com · www.freeiran.ch